

# Minus im Osten und Westen: Deutsche Rentner verlieren drastisch an Kaufkraft - SPIEGEL ONLINE



DPA

Senioren in Dresden: Höhere Bezüge, aber weniger Kaufkraft

Berlin - Das Rentenniveau in Deutschland soll bis 2030 auf 43 Prozent der durchschnittlichen Nettobezüge sinken. Wohlfahrtsverbände beklagen die steigende Gefahr von [Altersarmut](#). Zahlen der Bundesregierung zeigen, dass Rentner in Deutschland sich in den vergangenen Jahren immer weniger leisten konnten. Denn sie haben seit dem Jahr 2000 rund ein Fünftel ihrer Kaufkraft verloren.

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervorgeht, sank die Kaufkraft der Rentner im Osten um knapp 22 Prozent, im Westen um rund 17 Prozent. Die "Thüringer Allgemeine" zitierte am Samstag aus dem Papier.

Demnach lagen die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge nach Abzug aller Sozialbeiträge in den alten Bundesländern zuletzt bei 1062 Euro und in den neuen Ländern bei 1047 Euro. Damit stiegen die Auszahlungsbeträge in den alten Ländern seit dem Jahr 2000 absolut um 17 Euro, während sie im Osten um 23 Euro sanken. Gleichzeitig stieg im selben Zeitraum der Verbraucherpreisindex aber um etwa 20 Prozent an. Dies erklärt den großen Kaufkraftverlust von 17 beziehungsweise 22 Prozent.

Linken-Parteichef [Bernd Riexinger](#) kritisierte angesichts dieser Entwicklung die Bundesregierung. Die "Abwärtsspirale bei den Renten" müsse gestoppt werden, sagte er. "Vor allem im Osten droht eine Lawine der Altersarmut." Die Renteneinheit müsse schrittweise bis 2017 kommen, forderte Riexinger.

Union und FDP streiten darüber, ob und wie der Staat arme Ruheständler unterstützen sollte.

Arbeitsministerin [Ursula von der Leyen](#) (CDU) plant eine Zuschussrente aus Steuer- und Beitragsgeldern. Junge Abgeordnete aus Union und FDP [wollen dagegen die private Vorsorge von Geringverdienern fördern](#).

Die Regierung will den Beitrag für die Rentenversicherung zum Jahreswechsel absenken. Geplant ist eine Reduzierung von 19,6 auf etwa 19,0 Prozent. Damit sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber um jeweils rund 2,7 Milliarden Euro entlastet werden.

*mmq/AFP*